

BISS Hockenheim informiert

Dialogforum der Bahn kann Projektbeirat nicht ersetzen

(kso). In einer Pressemitteilung weist die Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim e.V. (www.biss-hockenheim.de) darauf hin, dass die am 30. September in Darmstadt von der Deutschen Bahn sowie den Landesverkehrsministern aus Hessen und Baden-Württemberg geplante Bürgerinformationsveranstaltung aus Sicht der Bürgerinitiative zwar durchaus ein willkommenes Instrument für eine breit angelegte Bürgerbeteiligung im Rahmen des Baus der neuen Bahnstrecke zwischen Frankfurt und Mannheim sei, in der von der Bahn vorgeschlagenen Form jedoch einen von der Region wie auch der BISS geforderten und präferierten Projektbeirat auf keinen Fall ersetzen könne.

Dialogforum

Das hatte sich die Bahn nett ausgedacht: Während der Urlaubszeit schnell mal die beiden Landesverkehrsminister von Hessen und Baden-Württemberg auf Linie bringen, mit ihnen gemeinsam zu einem Dialogforum per Ende September einladen und somit im Schnellverfahren den von vielen Vertretern der betroffenen Regionen geforderten Projektbeirat quasi über Nacht aus dem Weg räumen.

Und das alles, nachdem erst kürzlich der Deutsche Bundestag die Arbeit eines solchen Projektbeirats, wie er erstmals im Planungsverfahren einer neuen Trassenführung in Südbaden erfolgreich eingesetzt wur-



Durchfahrt im Bahnhof Hockenheim

Foto: bg

de, über den Klee gelobt hatte. Dabei ist es durchaus verständlich, dass die Bahn mit ihrem Handstreich bei den hessischen und baden-württembergischen Landesregierungen auf offene Arme stieß. Zwar war man bis zur letzten Landtagswahl auch in Baden-Württemberg noch recht stolz auf die sinnvollen Maßnahmen, welche der Projektbeirat im Baden-21-Projekt ausgehandelt hatte.

Erhebliche Mehrkosten

Aber man hat in Stuttgart auch nicht vergessen, dass die dort vereinbarten Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Anlieger vor Bahnlärm, wie zum Beispiel die Untertunnelung Offenburgs, zu erheblichen Mehrkosten des betreffenden Projekts führen werden, von welchen das Land Baden-Württemberg einen Teil selbst aufbringen muss. Diese Kosten sind zukünftig, eine vernünftige Planung vorausgesetzt, durchaus vermeidbar.

Eine Planung mit effektiver und fairer Bürger- und Regionalbeteiligung in Form eines politisch geführten Projektbeirats wird auch dafür sorgen, dass das Gesamtprojekt wegen der dann erheblich geminderten Anzahl an Einzelverfahren vor den Verwaltungsgerichten merklich beschleunigt wird. Es geht hier nicht nur um die Neubaustrecke zwischen Frankfurt und Mannheim, sondern immer auch um deren massive Beeinflussung des Verkehrsgeschehens sowie die dadurch bedingte Lärmentwicklung entlang der Bestandsstrecken zwischen Mannheim und Karlsruhe.

Entlang des gesamten Einflussbereichs der Neubaustrecke werden nach Auffassung der BISS mehrere Hunderttausend Menschen von dem massiv anschwellenden Bahnlärm betroffen sein, die durch eine Bürgerbeteiligung mit ausgeprägtem Alibi-Charakter abgepeist werden sollen.

Aktive Beteiligung

Die Bürgerinformationsveranstaltung findet am 30. September 2016 um 16 Uhr in der Technischen Universität Darmstadt, Karolinenplatz 5, 64289 Darmstadt im Audimax-Hörsaal, Gebäude S1/01, Raum A1 statt. Die Hockenheimer Bürgerinitiative begrüßt durchaus die frühe Information über die geplanten Vorhaben durch eine solche Bürgerinformationsveranstaltung und wünscht sich eine rege und aktive Beteiligung möglichst vieler Betroffener der geplanten Neubaustrecke an dieser Veranstaltung. Gleichzeitig sieht sie jedoch die Notwendigkeit, die konkrete Planung und Realisierung des Projektes durch ein vorgeschaltetes Steuerungsgremium zu begleiten, welches einen Konsens bzw. Interessenausgleich zwischen regionalen Belangen und den Interessen der DB herbeiführt, bevor Investitionsentscheidungen getroffen werden können.

Nach Ansicht der Hockenheimer BISS sind Initiierung und Führung eines solchen Gremiums hoheitliche Aufgaben der Bundes- und Landespolitik, welche nicht einfach wegdelegiert werden dürfen. „Ein Dialogforum, welches bereits die Gartenplanung an den Bock delegiert, hat mit zeitgemäßer Bürger- und Regionalbeteiligung an Infrastrukturprojekten nichts zu tun“ äußert sich der BISS-Vorstand eindeutig zu seiner Forderung nach Einrichtung eines Projektbeirats.